

Presseinformation

059 / 2021 23. November 2021

ZDB-Herbstumfrage: Geschäftsaussichten verhalten beurteilt

- Derzeitige Geschäftslage überwiegend positiv eingestuft
- Materialknappheit bremst Unternehmen aus
- Zusätzliche Kapazitäten geplant

Die Mitgliedsunternehmen des Zentralverbands Deutsches Baugewerbe bewerten die gegenwärtige Geschäftslage überwiegend gut, so das Ergebnis der Herbstumfrage des Verbandes. Die Aussichten auf die weitere Entwicklung werden verhaltener beurteilt. Die Verfügbarkeit und Preisentwicklung von Stahl-, Holz- und Kunststoffprodukten stellt die Unternehmen weiterhin vor Herausforderungen.

Geschäftslage

Ihre derzeitige Geschäftslage beurteilen die Unternehmen insgesamt positiv. So melden 47 % der Unternehmen insgesamt eine gute Geschäftslage und nur 16 % eine schlechte Lage. Gut ein Drittel der Unternehmen bewertet die Lage mit "befriedigend". Die Beurteilung hängt stark von der Bautätigkeit nach Bausparten ab. Während die Beurteilungen zum Wohnungsbau (gute Beurteilung ca. 73 %) und zum Ausbau (gute Beurteilung ca. 62 %) das positive Gesamtvotum stützen, fallen die positiven Beurteilungen zum Wirtschaftsbau (ca. 35 %) und zum öffentlichen Bau (ca. 25 %) deutlich verhaltener aus. Zum öffentlichen Bau überwiegen die negativen (ca. 36 %) die positiven Urteile.

Geschäftserwartungen

Die Geschäftserwartungen fallen gegenüber der Lagebeurteilung ab, was aber auch saisontypisch geprägt ist. Auch hier verzeichnen der Ausbau und der Wohnungsbau tendenziell bessere Werte als der Wirtschaftsbau und der öffentliche Bau. Nicht zuletzt die Beurteilung der Auftragslage prägt dieses Bild. So wird die Auftragslage von über der Hälfte der im Wohnungsbau und Ausbau tätigen Unternehmen mit gut bewertet, zum Wirtschaftsbau melden das nur knapp ein Drittel, zum öffentlichen Bau ein Viertel der Unternehmen. Die Reichweite der Aufträge liegt im Wohnungsbau mit gut 19 Wochen und im Ausbau mit 17 Wochen höher als die im Wirtschaftsbau mit 15 Wochen und im Straßenbau mit 14 Wochen.

So überrascht es nicht, dass die im Wohnungsbau und Ausbau tätigen Unternehmen sowohl für dieses Jahr als auch für das nächste Jahr überwiegend steigende Umsätze erwarten. Im Wohnungsbau sehen in diesem Jahr mehr als 45 % der Unternehmen Steigerungen gegenüber 2020, knapp 40 % der Unternehmen erwarten ein Halten des Niveaus.

Die hohen Auftragsbestände stützen offensichtlich die Erwartung auf einen anhaltend positiven Trend im Wohnungsbau. Gut ein Viertel der Unternehmen rechnet auch mit Umsatzzuwächsen in 2022, über die Hälfte sieht den Umsatz stabil auf dem erreichten Niveau von 2021. Gut 80 % der im Ausbau tätigen Unternehmen rechnet in 2021 mit steigenden oder gleichbleibenden Umsätzen. Für 2022 steigt dieser Wert sogar noch leicht an. Diese Erwartungen werden wohl auch durch den politisch zu erwartenden Ausbau der Förderung von energetischen Sanierungsarbeiten in der neuen Legislaturperiode getragen.

Die Umsatzentwicklung im öffentlichen Bau, sowohl im Hochbau wie auch im Straßenbau, fällt nach Einschätzung der Unternehmen in 2021 hinter das Niveau von 2020 zurück. Unterjährig vorliegende Daten stützen diese Erwartung. Die Nachfrage ist im öffentlichen Bau volatil und schwach ausgeprägt. Die Order reichen per August nicht an das Vorjahresniveau (- 2,5 %). Das kennzeichnet die verengten Handlungsspielräume der Kommunen infolge der Corona-Krise. Ohne eine fortgesetzte Stützung durch den Bund wird es hier nicht gelingen, dem Investitionsstau beizukommen. Aber auch bei der Autobahn GmbH braucht es einen stabileren Auftragsfluss. Für 2022 sehen die Unternehmen derzeit noch zu wenig neue Impulse für insgesamt steigende Umsätze.

Im Wirtschaftsbau halten sich die Meldungen zu einer guten Beurteilung der Auftragsbestände einerseits und einer unzureichenden andererseits etwa die Waage. Ganz überwiegend werden die Auftragsbestände mit "ausreichend" beurteilt.

Die derzeitige Geräteauslastung wird für den Hochbau mit ca. 70 % angegeben, für den Straßen- und Tiefbau mit ca. 67 % und im Ausbau mit 65 %. Der etwas höhere Wert im Hochbau dürfte durch den Wohnungsbau angetrieben sein. Im Hochbau und im Ausbau melden auch fast ein Viertel der Unternehmen eine Auslastung von über 80 %.

Beschäftigung

Für die Zahl der Beschäftigten melden 5 % der Unternehmen in 2021 eine Zunahme. Für 2022 wollen deutlich mehr Unternehmen Beschäftigte neu einstellen (31 %), als umgekehrt sich Unternehmen veranlasst sehen, die Zahl der Beschäftigten zu reduzieren (6 %). Das macht deutlich, dass die Unternehmen von einer insgesamt nachhaltigen Baunachfrage überzeugt sind. Die Gewinnung von Fachkräften bleibt eine große Herausforderung. So melden 71 % der Unternehmen unter den Gründen von Baubehinderungen einen Fachkräftemangel an gewerblichem Personal. In diesem Kontext ist auch zu sehen, dass ein Drittel der Unternehmen im kommenden Jahr die Zahl seiner Auszubildenden erhöhen will. Das umzusetzen dürfte allerdings schwierig werden. Schon jetzt meldet etwa die Hälfte der Unternehmen, ihre Ausbildungsplätze nicht besetzen zu können.

Investitionen

Die Unternehmen investieren auch weiter verstärkt in Maschinen und Geräte, aber auch in die Digitalisierung ihrer Prozesse. Etwa ein Drittel der Unternehmen hat hier jeweils in 2021 mehr investiert als in 2020 und mehr als die Hälfte der Unternehmen hat die Investitionsbudgets gehalten. Und auch in 2022 planen mehr Unternehmen, ihre Investitionsbudgets auszuweiten als diese zu reduzieren. Dabei ist augenfällig, dass der Anteil der Unternehmen, die mehr in die Digitalisierung ihrer Prozesse investieren will (25 %), den Anteil der Unternehmen übersteigt, die mehr in Maschinen und Geräte investieren wollen (18 %). Etwa zwei Drittel der Unternehmen planen, die Investitionslinien von 2021 zu halten. Die Bauwirtschaft setzt also den Kapazitätsaufbau in Personal und Geräte in Erwartung progressiv ausgestalteter Investitionsbedingungen in der neuen Legislaturperiode fort.

Materialknappheit

Auch im Herbst 2021 bereiten den Bauunternehmen immer noch Lieferschwierigkeiten bei Stahl, Holz- und Kunststoffprodukten Probleme bei der Bautätigkeit. Dieses im Frühjahr 2021 aufgrund der Corona-Pandemie eskalierte Problem eines Ungleichgewichtes von Nachfrage und Angebot an Baumaterialien hat sich bisher nicht aufgelöst. Weltweit heruntergefahrene Produktionskapazitäten und Logistikengpässe verhindern immer noch, Auftragsbestände zügiger abzubauen. So nennen knapp zwei Drittel der Unternehmen Lieferschwierigkeiten von Material als Grund für die Behinderung der Bautätigkeit. Die größten Probleme sehen die Unternehmen bei Kunststoffprodukten (über 80 % der Unternehmen), bei Holzprodukten (77 %) und bei Stahl (zwei Drittel). Spiegelbildlich werten dann auch jeweils ca. 90 % das Preisniveau beim Einkauf dieser Materialien als "hoch" oder "sehr hoch".

Preise

Die Bauunternehmen sehen sich gezwungen, die Preissteigerungen bei den Einkaufspreisen in den Verkaufspreisen für Bauleistungen weiter zu geben. Dies gelingt zumindest teilweise bei neuen Verträgen, wenn auch nicht in vollumfänglichem Ausmaß. Gut 60 % der Unternehmen berichten von einer Erhöhung ihrer Verkaufspreise. Etwa 70 % der Unternehmen sehen sich vor dem Hintergrund eines zumindest anhaltend hohen Niveaus der Einkaufspreise auch zukünftig veranlasst, den Preisdruck weiter zu geben. Nach den Daten des Statistischen Bundesamtes gelingt das den Unternehmen im Hochbau besser als denen im Straßen- und Tiefbau. So haben demnach die Verkaufspreise (einschließlich Mehrwertsteuer) für Rohbauarbeiten an Wohngebäuden von August 2021 zu August 2020 um 14,5 %, bei Bürogebäuden um 12,6 % und bei Betriebsgebäuden um 13,6 % zugelegt. Demgegenüber stiegen die Preise für Straßenbauarbeiten "nur" um 7 %. Im Straßenbau scheint der Wettbewerb um Aufträge deutlich härter zu sein; oder anders formuliert: Hier kommen zu wenig Aufträge auf den Markt.